

J.-U. Habedank
Rinderner Str. 24
47533 Kleve

DIE LINKE.NRW
- Landesschiedskommission-
Corneliusstraße 108

40215 Düsseldorf

DIE LINKE KV Kleve ./ Jens-Uwe Habedank AZ 31.1/2010

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich bestätige den Eingang eures Schreibens vom 01.10.2010 hier mit 02.10.2010.
Grundsätzlich begrüße ich die Eröffnung des Verfahrens in der Hoffnung Klarheit und positive Entwicklung in die Zustände und Verhältnisse des KV Kleve damit einfordern zu können. Vorweg - ich hege keinerlei Groll gegen den Antragsteller und halte es zunächst einmal für völlig normal und legitim einen solchen Antrag zu stellen.

Bevor ich detailliert und ausführlich zu den vielen, vielen Vorwürfen Stellung nehmen kann, bitte ich um Behandlung folgender dreier Anträge zu diesem Verfahren im Vertrauen auf einen fairen Umgang miteinander:

1) Aussetzung/ Verschiebung/ Übertragung des Verfahrens auf einen noch zu bestimmenden Zeitpunkt, definitiv aber nach der nächsten MV im KV Kleve

Begründung:

A) Nach ca. 1,5 Jahren der erheblichsten Verwerfungen im KV Kleve bzgl. Satzungstreue einzelner Amts- und Mandatsträger und daraus sich ergebenden Eskalationen ist es dem "neuen" Kreisbetreuer, LaVo-Mitglied Marc Mulia, sowie dem Landessprecher Hubertus Zdebel gelungen den Anfang möglicher Heilung der Probleme im KV Kleve einzuleiten. Zum einen war es mir selbst mal möglich frei und ohne Obstruktionen, Redeverbote und Ausschluss an einer Versammlung teilzunehmen, zum anderen gab es erste Schritte, nach 1,5-jährigem Stillstand, einer Verständigung zwischen Mitgliedern des Kreisvorstandes und mir - weil man miteinander reden konnte, redete. Zwar schlossen sich die Protagonisten, die m.E: nach hinter dem Antrag auf Parteiausschlussverfahren stecken, Axel Gonder und Bernd Nellissen, diesem Angebot und Prozess aus, riefen statt dessen (erfolgreich) zum Boykott der MV auf - und dennoch hat etwas stattgefunden, was es in 1,5 Jahren nicht gab: Offene Gespräche... Diesen Prozess nun quasi abrupt zu beenden und damit die mögliche Heilung der Probleme im KV Kleve aus eigener Kraft zu unterbinden, erscheint mir nicht nur gegenüber den sehr engagierten und lösungsorientierten LaVo-Mitgliedern sehr unglücklich zu sein und würden deren, bislang erfolgreichen Bemühungen, ein schlechtes Zeugnis aus stellen...

B) Vor 11 Wochen wurde der Antrag gestellt - und es man hörte nichts... Erst als Erpressungsversuche der hinter allem Ärger steckenden Personen Nellissen und Gonder gegenüber dem Landesverband auftauchten, wird, im Expressverfahren?, ein Verfahren

eröffnet und eine Terminierung deutlich vor der nächsten MV im KV Kleve angesetzt - was völlig kongruent mit den in meinen Augen erpresserischen Forderungen der Herren Nellissen und Gonder ist. Hierzu zitiere ich aus Schreiben Ende September 2010 des OV Emmerich unter der Federführung des Hr. Nellissen:

"Wir müssen euch leider mitteilen, dass wir nicht mehr an Mitgliederversammlungen, Vorstandssitzungen oder anderen Veranstaltungen unserer Partei auf Kreisebene teilnehmen werden, solange Habedank und Peters noch als Mitglieder unserer Partei an diesen Veranstaltungen teilnehmen können".

....

"Neben dem OV Emmerich werden auch andere OVs sowie Einzelpersonen nicht an der MV teilnehmen."

...

" So erhöhen wir den Druck auf den Lavo und die Schiedskommission"

....

"Sobald sicher gestellt ist, dass Habedank und Peters nicht mehr an unseren Sitzungen teilnehmen können u. a. durch ein beschleunigtes Parteiordnungsverfahren mit dem Ergebnis des Parteiausschlusses werden wir uns wie bislang wieder aktiv an der Kreisarbeit beteiligen."

Zum einen ist es eine Ungeheuerlichkeit, dass so hinter den Kulissen, bei jedem Kenntniszugang für z.B. mich als Betroffenen, "gearbeitet" werden kann. Zum Anderen setzt sich die Landesschiedskommission gerade durch ihre Entsprechung dieser erpresserischen und allen Gesetzen zuwider laufenden Forderungen dem Verdacht der Gefälligkeitsbeschlüsse, Voreingenommenheit, Beeinflussung und Erpressbarkeit u.ä. aus - **Dieses bitte ich, zur Abwendung von Schaden für unsere Partei, zu vermeiden!**

C) 1,5 Jahre habe ich, als auch andere Mitglieder des KV (durchaus schon früher und länger) vehement, energisch und auf allen möglichen Wegen versucht bei LaVo, LGS und anderen Gremien auf die teilweise seit 7-8 Jahren andauernde Problematik im KV Kleve aufmerksam zu machen - zu keinem Zeitpunkt, mit keiner angesprochenen Person, mit keinem Antrag bestand hier augenscheinlich Interesse an der Befassung belegter und nicht länger zu verschweigender Mißstände. Vielmehr kam es durch Handeln und Nicht-Handeln von Gremien und Organen der Landesverbandes zur Stützung von vielfach genannten "Klevert Verhältnissen" - durch repressive, satzungsfragwürdigen, Aktionen gegen die Kritiker, auch gegen mich...

Die, sicherlich im Interesse einer glaubwürdigen Stärkung unserer Partei, notwendige Befassung der Hintergründe, Absichten, Aussichten und Potentiale dieses Verfahrens bedarf einer zeitlich gerechten Behandlung - dies ist, nach jahrelangem Auflaufen von Ereignissen und Zuständen weder in 30-60 min. in einer mündlichen Verhandlung darstellbar noch für mich in 13 Tagen, der knappsten aller möglichen Fristen, vorzubereiten. Auch daher hiermit der Antrag auf Aussetzung um mindestens zwei weitere Wochen, in Abstimmung mit dem beantragenden Kreisvorstand bzw. dem aktuell daraus entstandenen komm. Kreisvorstand.

D) Der, m.E. nach der Sache, dem Verfahren nicht glücklich entsprechend terminiertem 16.10.2010 liegt mitten in den Herbstferien - was eine zusätzliche Belastung hinsichtlich Unerfüllbarkeit der Vorbereitung für "Angeklagte" darstellt, wenn sie Kinder haben. Ich habe Kinder...

E) Durch die unter A) dargestellte "neue" Lage im KV Kleve, rege ich hiermit die Einsetzung einer Schlichtungskommission unter Federführung des LaVo, z.B. Marc Mulia, an.

Dieses ist bisher nicht versucht worden, entsprechende Anträge konnte ich selbst bisher nicht wirksam (Befassung eines solchen) stellen. Die Übertragung auf eine Schlichtungskommission stünde uns allen gut zu Gesicht.

Welchen Weg (Schlichtungskommission, Aussetzung, Verschiebung) nun die LSchK einschlägt – da begeben sich nun voller Vertrauen in die Urteilskraft derselbigen. Ich bitte nur um zeitgerechte Mitteilung der Entscheidung wie auch, diesmal, Befassung und danke im voraus.

2) Antrag auf Befangenheit einzelner Mitglieder der Landesschiedskommission

Gegen die Mitglieder der LSchK Bernhard Bergmann, Michael Haase, Ilka Oberhaus, Erik Pieck und Jessica Seifert stelle ich Antrag auf Befangenheit und somit Ausschluss vom Verfahren.

Begründung:

Die o.g. Mitglieder der LSchK waren auch Mitglieder der LSchK in 2009 und eröffneten vom hier „Angeklagten“ beantragte Verfahren über belegte Satzungsverstöße von hier beantragenden bzw. im Hintergrund agierenden Mitgliedern (z.B. Bernd Nellissen, Axel Gonder) eben nicht.

Dies führte zu weiteren erheblichen Verwerfungen, und Eskalationen hinsichtlich der Frage nach Umgang mit Mitgliedsrechten. Gemeint ist hier die dadurch von den Satzungsbrechern im KV Kleve angeführte Absolution von willkürlichen Ausschlüssen zum Zwecke der Wegnahme des passiven Wahlrechtes, der stattgefundenen und möglichen „Einkassierung“ von leider durchzusetzenden LSchK-Beschlüssen zum Nachteil der „gewinnenden“ Antragspartei sowie der Nicht-Ahndung, und damit gleichfalls Absolution, willkürlicher Ausschlüsse von Mitgliedern durch Anrufe von Vorständen bei der Mitgliederverwaltung. Im Einzelnen:

AZ 73/ 2009

Hier war ich Antragsteller. Gegenstand war mein vom damaligen Vorstand (U.a. Bernd Nellissen und Axel Duchac) willkürlich festgesetzter Ausschluss mit der Maßgabe mich des passiven Wahlrechtes zu berauben. Betraf den OV Kleve und die Aufstellung zur Kommunalwahl 2009

Obwohl am 27.06.2009 durch die LSchK (AZ 46/ 2009 und AZ 36/ 2009) beschieden wurde, dass meine Mitgliedschaft rechtswidrig aufgehoben wurde und diese Handlungsweise Heilung nach §37, Abs. 7a) und b) erfordert, ist ein Verfahren gegen dem damaligen Kreisvorstand nicht eröffnet worden und damit Heilung im Sinne der Satzung verweigert worden. Hier wurde mit Sicherheit das Rechtsgefüge hinsichtlich willkürlicher Wegnahme von Mitgliedsrechten durcheinandergewirbelt. Anders herum – Wenn solchen, belegten, Satzungsverstößen – Ausübung des passiven Wahlrechtes – qua Nicht-Befassung durch eine LSchK Absolution und damit Rechtmäßigkeit bescheinigt wird, sorgt das schon für begründete Empörung dann beim „doppelt Betrogenen“...

AZ 64/ 2009

Hier war ich Antragsteller. Gegenstand war die Umsetzung der LSchK-Beschlüsse unter AZ 36/ 2009 und AZ 46/2009 bzw. deren „kalte Aufhebung“ durch die LGS, hier Michael Kretschmer, auf der MV des KV Kleve vom 08.07.2009.

Gegen den Beschluss der LSchK wurden diverse Neuwahlen nicht und nie, z.B. Schatzmeister, Wahlkoordinator, durchgeführt und der Status Quo vor Beschluss der LSchK beibehalten. Ein beantragtes Verfahren hierzu wurde von der LSchK nicht eröffnet!

Im weiteren hat der damalige Kreisvorstand, heutige Mandatsträger, auch nach – und entgegen – den Beschlüssen AZ 36/ 2009 und 46/ 2009 der LSchK weiterhin eine Annahme und Bearbeitung von z.B. Anträgen zum Kommunalprogramm abgelehnt. Entsprechender Antrag auf Eröffnung eines Verfahrens wurde von der LSchK abgelehnt. In Summe sorgt dies nicht nur für erhebliche Verwerfungen von Bedeutung und Umsetzung von LSchK-Beschlüssen sondern auch für Empörung des dann „doppelt Betrogenen“...

Im weiteren absolvierte die LSchK durch Nicht-Eröffnung des Verfahrens die rufmordenden Aktionen des Genossen Michael Kretschmer, welche die Verantwortung für Neuwahlen nicht den Satzungsbrechern sondern dem Betrogenen, im Namen der Partei da von „LGS“, anlastete. Eine Umkehrung der Rechtswirksamkeit....

AZ 43/ 2009

Hier war ich Antragsteller. Gegenstand waren wiederholte willkürliche Aktionen des damaligen Kreisvorstandes zum Zwecke des Ausschlusses von Mitgliedern. Es wurde u.a. belegt, dass der damalige Kreisvorstand gegen Empfehlung und Rat der LGS an de facto Ausschlüssen festhält und dies sogar u.a. durch Anrufe bei der Mitgliederverwaltung in Düsseldorf umsetzt – bewusst, willkürlich, satzungsbrechend, wiederholt. Es wurde Antrag auf Eröffnung eines Verfahrens gestellt. Dieses lehnte die LSchK mit der Begründung „unsubstantiiert“ ab....

Nicht nur, dass dies dem Geist der Beschlüsse unter AZ 36/ 2009 und 46/ 2009 widerspricht – es fordert quasi auch gewisse Personen weiter hin auf, genau so zu agieren mit dem Selbstbewusstsein „, Selbst die LSchK duldet es ja“....

Da die 5 o.g. Mitglieder der heutigen LSchK gleichfalls in 2009 Mitglieder der selbigen waren und die Eskalationen im KV Kleve und darüber hinaus durch deren recht unverständliche Entscheidungen auf jeweilige Nicht-Eröffnung von Verfahren verantwortlich zeichneten, ergibt sich für mich leider die Notwendigkeit des Befangenheitsantrages gegen diese. Unter Berücksichtigung von Vermeidung von Begriffen wie „Parteilichkeit“ und „Handeln gegen den Geist der eigenen Beschlüsse“ bitte ich hierfür um Verständnis! Es könnte insgesamt den Eindruck erwecken, dass die o.g. Mitglieder nun zu Entscheidungen kommen könnten, die eine bisher noch nicht geklärte aber vermutete Geschichte haben. Dies wäre schädlich für das Ansehen der Partei und eher „suboptimal“ für das gegenwärtige Verfahren.

Alle zu den Ausführungen notwendigen Unterlagen liegen der LSchK vor; deren Beifügung erspare ich mir daher – Auf Wunsch sende ich diese jedoch gerne nach. Nicht unerwähnt lassen möchte ich die Worte des Genossen Erik Pieck vom 27.06.2009 in Dortmund anlässlich der Verfahren AZ 36/2009 und AZ 46/ 2009:

„ Wir behandeln erst mal die Verfahren von Störungen zum Wahlantritt zur Kommunalwahl 2009 um da Heilung herbeizuführen....“

Bei allem gebotenem Respekt: Das Verfahren AZ 73/ 2009 war genau ein solches...“Seltsamerweise“ wurde aber da genau – 16 Wochen – abgewartet und mit der formalen Hintertür am 30.09.2009 mit der Antwort“ Erledigt wg. stattgefundenener Kommunalwahl“ abgeschmettert. Mag das der Geist bzgl. Mitgliederrechte und deren (immer wieder im KV notwendig durchzusetzenden) Umsetzung sein? De facto steht nun ein „Angeklagter“ vor den gleichen Mitgliedern einer LSchK, die durch Nicht-Eröffnung genau den Satzungsbrechern und, meines Erachtens, Pöstchenjägern mit allen Mitteln Tür und Tor geöffnet haben könnten – zumindest berufen sich heutigen Mandatsträger (teilweise ausgetreten) auf „im Namen der Partei“, was sehr nachdenklich macht.

3) Bitte um Auskunft

Die LSchK wird gebeten Auskunft darüber zu erteilen inwiefern diese selbst Recherchen in der Bedeutung von „Beweismittelführung“ anstellt und auf welcher Grundlage dies geschieht.

Begründung:

Dem Schreiben der LSchK ist nicht nur – endlich, nach fruchtlosen Anfragen beim Kreisvorstand – der Antrag des mittlerweile aufgelösten Kreisvorstandes beigelegt gewesen. Sondern auch ein Dokumentenanhang – bruchstückhaft – welcher nicht vom Antragsteller bei Antragstellung enthalten war. Demnach wäre zu folgern, dass die LSchK hier nicht nur Anträge erst mal entgegen nimmt sondern diese auch noch „aufpeppt“, was aber eher Aufgabe des Antragstellers und eben nicht der LSchK sein dürfte?

Da dies aber offenbar nur zu Lasten des „Angeklagten“ erkennbar ist und jedwede Beifügung von gleichfalls ohne weitere Mühe erhaltbare für den „Angeklagten“ entlastende bzw. gleichfalls für den Antragsteller belastende Dokumentenhinzufügung unterlassen wird, erweckt ein solches Vorgehen Zweifel am Verfahren.

Die Tatsache, dass die offenbar von der LSchK erfolgte Ergänzung (Wer sonst?!) dazu auch noch unvollständig und aus dem Kontext gerissen ist, dürfte das „Bild des Beweises“ erheblich einseitig beeinflussen und stellt Fragen an die gebotene Neutralität der LSchK.

Da mir derartige Vorgehens- und Handlungsweisen völlig fremd sind, unter Hinzuziehung Der Differenzierung „Staatsanwaltschaft – Richter, bitte ich um Auskunft was es damit auf sich hat.

Resumée

Ich bitte um eine den Bedürfnissen des KV Kleve erforderliche und behutsame Betrachtungs- und Handlungsweise. Wobei es wenig Sinn machen dürfte in einem punktuellen Verfahren die bisherigen jahrelangen Hemmungen und Ausblicke für die nächsten Jahre, die Bemühungen des aktuellen LaVo's sowie die bereits stattgefundenen Gesprächsprozesse zwischen mir und dem komm. Vorstand zu unterbrechen. Die LSchK möge Rücksprache mit dem komm. Kreisvorstand, Kreisbetreuer Marc Mulia und Landessprecher Hubertus Zdebel halten um sich zu überzeugen.

Vielen Dank für die ehrenamtliche Tätigkeit, dem Lesen dieser Zeilen und Antwort!

Mit solidarischen Grüßen

J.-U. Habedank